



Initiative für ein Friedensdenkmal in Karlsruhe
Steinstr. 23
76133 Karlsruhe

Ein Friedensdenkmal für Karlsruhe ♦ Steinstr. 23 ♦ 76133 Karlsruhe

E-Mail: info@friedensdenkmal-karlsruhe.de

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen

Datum

24. August 2017

Pressemitteilung 7/2017

Haltung der Karlsruher Bundestagskandidaten zum Abzug der Atomwaffen aus der Bundesrepublik

Der Kanzlerkandidat der SPD, Martin Schulz, forderte gestern den Abzug der US-amerikanischen Atomwaffen aus Deutschland. Drei der Karlsruher Kandidat*innen zur Bundestagswahl fordern den Abzug der in Büchel (Rheinland-Pfalz) stationierten Waffen ebenfalls. Silvia Kotting Uhl, Michel Brand und Parsa Marvi gehen jedoch in ihren Antworten auf eine Anfrage der Initiative für ein Friedensdenkmal zum Atomwaffenvertragsvertrag der Vereinten Nationen weiter. Parsa Marvi, der Kandidat der SPD, möchte sich in der SPD-Bundestagsfraktion für einen Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu diesem Vertrag einsetzen. „Deutschland kann damit ein sichtbares Zeichen setzen“, schreibt er. „Die Welt schaut auch auf den deutschen Beitrag zur Lösung internationaler Themen. Die USA und Russland müssen (...) endlich ihre Zusagen aus dem Start-Vertrag von 2010 einlösen. In dieser Hinsicht muss die Bundesregierung im Rahmen ihrer diplomatischen Möglichkeiten auf beide Seiten Druck aufbauen, um voran zu kommen.“ Marvi will die zukünftige Bundesregierung auffordern, den Abzug der in Büchel stationierten Atomwaffen durchzusetzen. „Die USA müssen ihre Nuklearwaffen endlich aus Büchel abziehen!“

Silvia-Kotting-Uhl, Bundestagsabgeordnete und -kandidatin der Grünen, geht scharf mit der Bundesregierung ins Gericht: „Dass die Bundesregierung nicht zu den Unterzeichnern dieses historischen Vertrags zählt, ist ein Armutszeugnis; beschämend, dass sie es vorzog, die Verhandlungen komplett zu boykottieren. Selbst die Teilnahme als Gast oder Beobachterin lehnte die Bundesregierung ab. Meine Bundestagsfraktion und ich fordern von der Bundesregierung endlich ein klares Signal für Abrüstungspolitik - ab September besteht die Möglichkeit, den Vertrag zu ratifizieren. Und wir fordern sie wie-

derholt auf, endlich mit den USA über den Abzug nuklearer Sprengköpfe aus Deutschland zu verhandeln.“

„Ich (...) weiß“ schreibt Michel Brandt von der Linken auf die Anfrage, „dass ich da mit der LINKEN gemeinsam in eine Richtung denke. DIE LINKE setzt sich für eine atomwaffenfreie Welt ein. Als ersten Schritt fordert DIE LINKE den sofortigen Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland und die Beendigung der „Nuklearen Teilhabe“ Deutschlands, die einen Bruch des Atomwaffensperrvertrages darstellt. DIE LINKE ist selbstverständlich bei den Protesten gegen die Atomwaffen-Stationierung aktiv. Der Vertrag zum Verbot von Atomwaffen ist ein historischer Erfolg, für den wir mit gekämpft haben.“

Bisher nicht geantwortet auf die Fragen der Initiative vom 16.8.2017 zum Atomwaffenverbotsvertrag und den in Deutschland stationierten Atomwaffen haben die Kandidaten der CDU, Ingo Wellenreuther und der FDP, Michael Theurer.